Nummer 509

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 70. Jahrgang. Mittwoch, 29. Oktober 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie die literarisch-künstlerische Beilage „Für den Salon"

Telegramm-Adresse: „Börsenkurse" | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark. Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 200 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Oktober 1924 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rentenmark, Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

Wahlaufrufe der Deutschnationalen und des Zentrums.

Der Wahlaufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Aus den Wahlen des 4. Mai ging die Deutschnationale Volkspartei als die stärkste Partei Deutschlands hervor. Nach demokratischem Prinzip, das unsere Gegner hoch und heilig preisen, hatte der Reichspräsident einen der Führer zur Bildung der neuen Regierung zu berufen. Das hat Herr

Ebert

nicht getan. Auch in der Zwischenzeit ist uns der gebührende und zugesicherte Anteil an der Regierung verweigert worden. Das geschah, weil zum Schiedsrichter über unser Recht vom Reichskanzler

die kleine sterbende Partei der Demokraten

erhoben wurde. Die Folgen waren endlose Krisen, vollendete Hilf- und Ratlosigkeit statt positiver Regierungsarbeit, Auflösung und Neuwahlen statt zielbewußter Maßnahmen gegen die bestehende Not und drohende Teuerung.

Jetzt gilt es, so stark zu werden, daß wir unseren Eintritt in die Regierung mit dem unserer Stärke und Bedeutung entsprechenden Einfluß erzwingen. Jetzt naht der große Kampftag im Reich und in Preußen, der über Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-Rot-Gelb entscheidet. — Wir kämpfen für Schwarz-Weiß-Rot! Auch in diesem Kampfe bleibt unsere Parole: christlich-völkisch-national-sozial.

Die Volksgemeinschaft wollen wir, die auf christlichem Boden aufbaut, den Klassenkampf verwirft und die Arbeiter vom Terror befreit. Eine Volksgemeinschaft, die auf diesem Fundament verzichtet, ist ein Trugbild, das zerstiebt und zerbricht. Eine Teilung des Volkes in Besitzende und Besitzlose ist mit dem Grundgedanken jeder Volksgemeinschaft unvereinbar. — Wir erstreben eine Verfassung, die der deutschen Eigenart entspricht. Die beste Staatsform ist für das deutsche Volk die konstitutionelle Erbmonarchie. Der Volkswille wird zu gegebener Zeit auf gesetzlichem Wege über die Staatsform entscheiden. Als

nächstes Ziel

erstreben wir: Wiederherstellung eines gesunden Föderalismus und Beseitigung der Alleinherrschaft des Parlaments. Der Volkswille darf nicht durch Schiebungen ausgeschaltet werden. Eintragen der Verfassung ist der Reichspräsident noch immer nicht vom Volke gewählt. Wir verlangen baldige Anberaumung dieser Wahl. Der Versailler Frieden mit seiner Versklavung des deutschen Volkes steht und fällt mit der Lüge von Deutschlands Kriegsschuld. Sie niederzukämpfen ist die Pflicht jeder Reichsregierung. Diese Pflicht wird nicht erfüllt, wenn ein Schritt gekan und der nächste ängstlich vermieden wird. Das Verleugnen der großen deutschen Vergangenheit, das ängstliche Hinsehen auf jedes Wort des Auslandes, das pazifistische Gewinsel inmitten einer waffenstarrenden Welt, das kritiklose Hinhängen auf den Völkerbund, das unermüdliche Anbiedern Unbeufener mit unseren ehemaligen Feinden sind wie mit der Würde so auch mit den Zukunftsinteressen unseres Volkes unvereinbar.

Die Dawes-Gesetze

sind jetzt bindendes Recht. Ihre Ausführung, die die Notwendigkeit einer Milderung unserer Lasten erweisen wird, verlangt wachsame, mannhafte Vertretung des deutschen Standpunktes, damit Reich und Volk nicht in wirtschaftliches Elend versinken und unsere tapferen Brüder und Schwestern im besetzten Gebiet endlich wieder die Freiheit erlangen.

Wie wir für das ganze Reich und deutschen völkischen Geist Bekämpfung der jüdischen Vorherrschaft verlangen, so fordern wir besonders für Preußen, daß der Zustrom der Ostjuden endgültig abgedämmt wird. Deutschland den Deutschen!

Der Staat muß wieder ehrlich werden,

seinen Beamten und allen seinen Bürgern gegenüber. Der Bruch gegebener Versprechungen, die Vernichtung garantierter Werte untergräbt jede Staatsautorität. Soweit es irgend in seinen Kräften steht, muß der Staat das furchtbare Unrecht wieder gut machen, das er durch unehrliches Geld und ungerechte Gesetze den Volksgenossen zufügte, die ihm vertrauensvoll ihre Ersparnisse hingaben; wir verlangen

grundlegende Umgestaltung der Abbauverordnungen,

Schutz des Berufsbeamten, dessen Stellung und Beförderung nicht durch eingeschränkte Außenseiter gefährdet werden darf. Die seit dem Umsturz eingerissene Korruption ist mit Stumpf und Stiel zu tilgen.

Die Rechtspflege muß unabhängig sein und darf nicht zu Dienern der Politik herabgewürdigt werden. — Zentrisige Hilfe für die notleidenden alten Soldaten, Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ist Ehrenpflicht des Staates. — Jeder ehrlichen Arbeit und jedem ehrlich erworbenen Eigentum gebühre der staatliche Schutz. Wir fordern parteiisches

Schutz für die Industrie und die Landwirtschaft,

die aus schwerer Krise gerettet werden muß, um ihre Aufgabe als Grundlage der Volksernährung und stärkster Quell der Volkskraft erfüllen zu können. Schutz dem versinkenden Mittelstande, dem Handwerk und soliden Handel, Schutz der geistigen Arbeit, die Deutschland groß gemacht hat!

Wir treten ein für eine durchgreifende Vereinfachung, für wirtschaftlich erträgliche und sozialgerechte Umgestaltung des Steuersystems, für strengste Sparsamkeit im Reiche, in den Ländern, insbesondere auch in den Gemeinden, bei denen jede Großmannssucht mit der Armut und Steuerlast des Volkes unvereinbar ist. — Wir erstreben Durchdringung aller Arbeitsverhältnisse und des ganzen Volkslebens mit sozialem Geist. Der Handarbeiter ist für uns gesellschaftlich und politisch vollberechtigter Staatsbürger.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber

müssen im Geiste wahrer Arbeitsgemeinschaft zusammenstehen. Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, auch der Heimarbeit und soziale Versicherung sind in diesem Geiste zu erhalten und so einfach und wirksam wie möglich zu gestalten. — Dem Gedanken der christlichen Familie und damit dem hohen Beruf der deutschen Frau und Mutter wollen wir die verlorene Geltung zurückgewinnen. Ein christliches Schulgesetz fordern wir und damit zugleich eine Erziehung der Jugend, die sie leiblich und seelisch zu gesunden und vaterländischen Menschen heranwachsen läßt. Auf all unseren Wegen begegnen wir besonders einem Feind: der dem Christentum abgewandten, international denkenden, sozial entzweienden und wirtschaftlich

zerstörenden Sozialdemokratie.

Die Vormacht dieser Partei des Klassenkampfes und der roten Internationale ist in Regierung und Parlament noch nicht gebrochen. In Preußen besteht bis heute noch, gestützt durch die große Koalition, die sozialdemokratische Mißwirtschaft, pazifistisch-würdelos nach außen und gewalttätig gegen die rechtlos gemachte vaterländische Bewegung, groß nur in der Zerstörung der althemährten preußischen Verwaltung, unfähig, dem Preußengeist von Zucht und Ordnung, von Dienst und Pflicht, gerecht zu werden. Fort mit Severing, fort mit dem ganzen System, das den Geist von Potsdam unterdrückt und auch nicht den leisesten Hauch des Geistes von Weimar verspürt! Es gilt der Kampf vor allem der marxistischen Sozialdemokratie, ihren Helfershelfern und Schleppenträgern. Eine Vorbedingung aber muß vor allem erfüllt werden, wenn der siebente Dezember der Anfang zu neuem Aufstieg in Deutschland und in Preußen werden soll: Keine Zersplitterung im nationalen Lager! Der Wegweiser, vor dem das Deutsche Volk am siebenten Dezember im Reich und in Preußen steht, hat nur zwei Arme. Der eine zeigt nach rechts, der andere nach links.

Rechts Christentum, Vaterland, gesunde Wirtschaft — Links Unglaube, revolutionäre Wirrnis und wirtschaftliche Ruinen!

Links Schwarz-Rot-Gelb — Rechts Schwarz-Weiß-Rot! Wählt Deutschnational, das ist Schwarz-Weiß-Rot.

Der Wahlaufruf des Zentrums

hat folgenden Wortlaut:

„Deutsche Männer und Frauen, Wähler und Wählerinnen!

„Zum zweiten Mal im Ablauf eines Jahres ist der Deutsche Reichstag der Auflösung verfallen. Wieder sind wir zu Neuwahlen aufgerufen. Aus unklaren Stimmungen hervorgegangen, hat sich der letzte Reichstag unfähig gezeigt zu weitschauender nationaler Gemeinschaftsarbeit. In unfruchtbaren Auseinandersetzungen zwischen den extremen Parteien verzettelte das Parlament Zeit und Kraft. Die Reichsregierung, das Kabinett Marx erwirkte in ausdauernder Arbeit im Londoner Abkommen eine Entspannung der außenpolitischen Lage und neue Grundlagen zur inneren Festigung. Bei dieser Politik hatte die Reichsregierung an der Zentrumspartei die zuverlässigste Stütze. Seit Jahren sind wir bemüht, eine von Verzweiflung und von Illusionen freie, besonnene Politik im deutschen Volke zu begründen. Unsere besten Männer haben wir uneigennützig für den Dienst am Reich und Volk hergegeben und geopfert. Nie hat sich die Zentrumspartei durch fremden Willen, Schlagworte und Parteiinteressen beirren lassen. Einzig die Sorge um das deutsche Volk, die Erhaltung seiner Einheit, die Wiedererlangung seiner nationalen Freiheit und materiellen Wohlfahrt waren Beweggrund unseres politischen Handelns. Millionen deutscher Volksgenossen, voran die Bevölkerung der besetzten Gebiete, haben unsere Politik jederzeit wohl verstanden und hoch gewertet. Tausende, die uns früher entgegenstanden, uns schmähten und bekämpften, fanden sich auf unsere politische Linie zurück. Ganze Parteien haben diese Linie als richtig erkannt und sich ihr angeschlossen. Die Zentrumspartei wird diese allein Erfolg verheißende und wahrhaft nationale Politik entschlossen weiterführen. Jedem Versuch, diese politische Linie zu verdunkeln, zu verbiegen oder zu gefährden, wird sie aus Pflichtbewußtsein und Gewissen entgegentreten. Als Partei der Mitte, stehend auf dem festen Grund echten Christentums und lebendigen Volkstums, waren wir jederzeit bereit, mit allen denen zusammenzuwirken, die gleich uns den Wiederaufbau von Staat und Volk auf dem Boden bestehender verfassungsmäßiger Ordnung und tatsächlicher Entwicklung wollten, mögen sie von links oder von rechts kommen. So setzen wir bewußt beiseite alles, was unser ohnehin zerrissenes Volk noch mehr zerklüften könnte. Wir kennen nicht Klassenvorurteil und Klassenhaß, nicht des Standes- oder Berufsegoismus. An diesem umfassenden, ausgleichenden und einigenden Charakter wird die Deutsche Zentrumspartei unverrückbar festhalten. Was wir in unserem Aufruf zu den Notwahlen über Volk und Wirtschaft gesagt, bleibt bestehen. Das materielle Leben des deutschen Volkes und damit die deutsche Wirtschaft zu fördern und zu festigen, betrachten wir als eine selbstverständliche Pflicht. Bei ihrer Erfüllung wollen wir keinen Stand einseitig bevorzugen.

Im Rahmen des Gesamtwohls fördern und schützen wir die Interessen aller Berufsstände. Die Londoner Abmachungen haben eine Beruhigung in unser Wirtschaftsleben gebracht. Die noch vorliegenden Schwierigkeiten schrittweise zu heben und bei kommenden Handelsverträgen weitere gedeihliche Aussichten zu eröffnen, ist die nächste Aufgabe. Not und Elend im Volke sind noch überaus groß. Wir lassen es und sind gewillt, das Menschenmögliche zu ihrer Milderung und Beseitigung zu tun. Alle Schutzbedürftigen in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel und Beamtenschaft werden an uns treuen Beistand finden. Den entwurzelten und durch die Geldentwertung erschütterten Existenzen neuen Halt und Lebenssicherung zu geben, die natürliche Grundlage des Familienlebens und der Volksentwicklung durch entschiedene Wohn- und Siedlungspolitik zu verstärken, fühlen wir zu den vordringlichsten nationalen und sozialen Aufgaben. Nationale Not kann uns hemmen, uns zeitweilig Opfer auferlegen: unseren sozialen Willen aber werden wir nie preisgeben.

Der Weg des deutschen Volkes zu neuer Höhe und Geltung ist ein Schmerzensweg. Wir gehen ihn im Vertrauen auf die unzerstörbaren Kräfte in unserem Volke. Sie verbürgen seine Zukunft. Aus den ewigen Kräften christlicher Glaubensauffassung schöpfend, arbeitet die Zentrumspartei unausgesetzt an der Verwirklichung einer wahren Volkskultur: in Religion und Sitte, Familie und Erziehung, im gesamten öffentlichen Leben. Unbeschadet ihres politischen Charakters war die Zentrumspartei immer die entschiedenste Vertreterin des katholischen Volksteils, seiner kirchlichen und öffentlichen Interessen. Versuche, die Katholiken als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln, bekämpfen wir aus Grundsatz und aus geschichtlicher Ueberlieferung. Wir verlangen keine Bevorzugung, aber volle Gleichberechtigung. Den konfessionellen Hader im politischen Leben belangen und verurteilen wir.

Wähler und Wählerinnen! Der neue Reichstag muß Bestand haben, wenn er den vorgezeichneten Aufgaben gerecht werden will. Er kann es nur, wenn die Auswüchse des Parteilebens verschwinden. Darum weg mit dem Radikalismus! Weg mit der politischen Zersplitterung! Nicht auseinander, sondern zueinander müssen wir! Stärkt die Mitte! Stärkt vor allem den Kern jeder gesunden Mitte, die Deutsche Zentrumspartei! Die Wahlparole der Zentrumspartei ist klar: Für eine Politik, die an Deutschlands Zukunft glaubt! Für die Fortsetzung der bisherigen nationalen Rettungsarbeit und für die Befreiung von Ruhr und Rhein! Für den Schutz der Weimarer Verfassung und für eine befestigte Staatsautorität! Für wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich und gerechte Lastenverteilung! Für christliche Erziehung und Durchdringung des öffentlichen Lebens in Wirtschaft, Staat und Politik mit den sittlichen Grundsätzen des Christentums! Darum — offen zur erfolgreichen Fahne des Zentrums! Für Wahrheit, Recht und Freiheit!"

Die Schlußsitzung im Zentrumsparteitag.

In der gestrigen Sitzung des Zentrumsparteitages wandte sich im Verlauf der allgemeinen Aussprache der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen Darstellungen, wie sie in der Presse, z. B. in der „Berliner Börsen-Zeitung" erschienen sind, in denen dem Reichsarbeitsministerium (wie wir nachgewiesen haben: mit Recht. D. Red.) eine einseitige parteibolitische und wirtschaftsfeindliche Einstellung vorgeworfen wird. Bei der im Reichsarbeitsministerium ergangenen Maßnahme handelt es sich nur um eine Revision der Notgesetze, die Ende 1923 angesichts des Bankrotts der Wirtschaft notgedrungen erlassen worden waren. Es handelt sich nicht um eine Rücklehr zum schematischen Achtstundentag. Bezüglich der Lohnfrage erklärte Dr. Brauns, die Löhne hätten zwar die Nominalhöhe der Vorkriegszeit erreicht, davon aber, daß die Realhöhe der Friedenslöhne erreicht worden sei, könne absolut keine Rede sein. Eine besondere Gefahr liege in der jetzigen Preispolitik. Solange eine Preispolitik, wie sie in den letzten Wochen und Monaten zum Ausdruck kommt, bestehen bleibt, solange eine Kartellpolitik sich geltend macht, die noch jetzt 30 pCt. im Großhandel — der Minister führte als Beispiel das Hutgewerbe an — Aufschlag verlangt, solange könnten die Arbeiter unmöglich mit ihren jetzigen Löhnen auskommen. Von dem Gedanken der Arbeitslosenversicherung dürfe nicht abgelassen werden. Der Minister berührte auch die Frage der Arbeitsgemeinschaft zwischen Werksbesitzer und Arbeitnehmer und betonte die Gefahr, daß die von gewisser Seite propagierte Werksgemeinschaft uns in die Zeiten der „Gelben Organisationen" zurückführen könne.

Nach ihm sprach Abg. von Guerard, der noch einmal die Geschehnisse im Verlaufe der Regierungskrise beleuchtete.

Dann ging Reichskanzler a. D.

Dr. Wirth

des Näheren auf das Problem des Verhältnisses der Wirtschaft zur Politik ein. Er führte u. a. aus:

Im Laufe der Jahre habe ich, wie auch andere Reichskanzler, häufig Gelegenheit gehabt, Führer der Wirtschaft als politische Berater neben mir zu haben. Ich habe wenige Männer der Wirtschaft kennengelernt, die ihre Stellung aufgaben, um Aemter im Reiche zu übernehmen, oder die in ihrer Stellung so unabhängig waren, daß sie sich nicht als Interessenvertreter gefühlt hätten, die von Methoden und Grundsätzen ausgingen, die eine Sabotage der deutschen Außenpolitik bedeuteten.

Zur Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns betonte Dr. Wirth, daß sie der Ausdruck der Sorge um eine sozialreaktionäre Entwicklung in der Zukunft gewesen sei. Dr. Wirth wandte sich alsdann nachdrücklich gegen das Nachziehen von Angriffen der Deutschnationalen gegen führende Zentrumspolitiker im Zentrumslager selbst. Er bestritt insbesondere den Satz, der ihm, losgelöst von seiner organischen Verbindung mit den vorausgegangenen Darlegungen zugeschrieben worden ist: „Der Feind steht rechts."

Weiter wandte er sich zu dem Satz, daß er behauptet habe, im entscheidenden Kampfe der Revolution zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehe er auf Seite des Proletariats. Dr. Wirth schloß seine Ausführungen: Unser Glaube ist Dienst an der Allgemeinheit. Mögen in schwierigen Augenblicken einige Tausend, die sich von der Erinnerung an die Vergangenheit nicht zu praktischer Arbeit aufraffen können, ausschalten.

Dann ergänzte Abg. Joos die Ausführungen Dr. Wirths nach verschiedenen Richtungen.

Der Reichsparteitag des Zentrums wählte einstimmig den Reichskanzler Marx zum Parteivorsitzenden. Zum Ehrenvorsitzenden wurden wiedergewählt: Reichskanzler a. D. Fehrenbach, Dr. Herold, Dr. Porsch und Dr. Spahn.

Vergebliches Leugnen!

Der Aufmarsch der Parteien zum Wahlkampf ist im großen und ganzen vollzogen. Nachdem jetzt auch die Wahlaufrufe der Deutschnationalen und des Zentrums vorliegen, ist Klärung über die Haltung der großen Parteien zu den wichtigsten Fragen geschaffen, wie der Wähler in der Entscheidung am 7. Dezember gestellt ist. Zu den interessantesten Vorgängen beim Aufmarsch der Parteien gehört ohne Zweifel die Gründung der Liberalen Vereinigung, über die wir gestern berichteten. Es ist bemerkenswert, daß unter den Unterzeichnern der ersten Kundgebung der Liberalen Vereinigung sich gerade die Männer befinden, die bisher als führende Mitglieder der Deutschen demokratischen Partei bei ganz besonders wichtigen Anlässen als Repräsentanten dieser Partei herausgestellt worden waren. Wir nennen in erster Linie den Namen Schiffer, der die Partei bei Entscheidungen von weittragender Bedeutung wie in Oberschlesien und in Genf vertreten hat. An der Spitze der Unterzeichner jener Kundgebung steht ferner der Name des bekannten Industriellen Dr. Carl Friedrich von Siemens, von dem die demokratischen Blätter noch bis in die letzte Zeit behauptet hatten, er bleibe dem Erkelenz-Kurse der Demokraten erhalten. Siemens war der wirtschaftspolitische Sachverständige der Partei, die nach seinem Eintritt in die liberale Vereinigung auch in wirtschaftspolitischer Beziehung entschieden links beraten sein wird. Neben diesen Männern sind Politiker von Ruf wie Gerland und Kleinath aus der Partei ausgeschieden. Ihr Austritt war das Zeichen zu einer Sezession, die noch immer anhält und täglich abermals bekannte Namen aufweist. Sie alle kehren der Demokratischen Partei den Rücken, weil die Partei eben nicht mehr bürgerliche, sondern sozialdemokratische Politik betreibt. Diese Tatsache ist der rote Faden in allen Kundgebungen der Ausgetretenen, von dem ersten Briefe des Abgeordneten Gerland an Dr. Koch bis zu dem gestrigen Aufruf der Liberalen Vereinigung. Die Loslösungsvorgänge, die einen immer größeren Umfang annehmen, fallen erklärlicherweise den Führern der Restdemokratiestarker auf die Nerven. Sie befürchten offenbar mit Recht, daß die Bekenntnisse der Ausgetretenen von tiefer Wirkung auf die bisherigen bürgerlichen Wähler der Demokratischen Partei sein werden. Sie halten es deshalb für taktisch notwendig, das Fähnlein etwas nach dem Winde zu drehen, der für sie zu einem verheerenden Sturm zu werden scheint. Seit einigen Tagen geben sich deshalb die demokratischen Führer verzweifelte Mühe, ihren schwankenden Wählermassen einzureden, die Demokraten seien gar keine Linkspartei, sondern eine Partei der Mitte. Die Herren setzen mit Schrecken, daß sie ihren wahren Charakter als Vorkämpfer des sozialdemokratischen Gedankens im bürgerlichen Lager vor ihren Wählern enthüllt haben. Die Kundgebungen der Ausgetretenen setzen die Tatsache, daß dies der wahre Charakter der demokratischen Politik besonders in der letzten Zeit gewesen ist, in den Mittelpunkt ihrer Gedankengänge, und es zeigt sich, daß ihre Erwägungen von tiefster Wirkung auf die bürgerlichen Wähler der Demokratischen Partei sind. Es ist deshalb verständlich, daß Herr Erkelenz plötzlich in einem Schreiben an eine Berliner Mittagszeitung laut erklärt, die Demokraten gehörten zur Mitte, und daß der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Koch, gestern in einem Brief an Gerland im Tone höchster Erregung immer wieder be-